

02.02.24**Antrag****des Landes Rheinland-Pfalz**

Entschließung des Bundesrates "Antisemitismus effektiv bekämpfen - Existenzrecht Israels schtzen"**- Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein -**

Punkt 21 der 1041. Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024

Der Bundesrat möge beschließen:

Zu Nummer 2

Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

2. „Wer das Existenzrecht Israels leugnet, wendet sich gegen die Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland und kann daher nicht deutscher Staatsbürger werden. Der Bundesrat hält es deshalb für notwendig, dass im Staatsangehörigkeitsrecht ein glaubhaftes Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihren Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges vorgesehen ist und dadurch das Existenzrecht des Staates Israel als Ausprägung deutscher Staatsräson zum Gegenstand der Voraussetzungen für die Einbürgerung gemacht wird.“